

18.12.2015

Freie Wähler: Finanzielles Wolkenkuckucksheim

Mit großer Verwunderung reagieren die Freien Wähler (FW) auf die Darstellung der Finanzsituation der Stadt Langenselbold, die Bürgermeister Muth im Rahmen einer Pressevorstellung gegeben hat. „Das war Wahlkampfgetöse in einem finanziellen Wolkenkuckucksheim“ kommentiert die FW-Stadtverordnete Christiane Kapp. „Natürlich freuen wir uns, wenn die Schuldenstand der Gründastadt von über 40 Millionen im Jahre 2013 auf 19 Millionen Euro Ende 2015 zurückgegangen sein soll. Wenn der Bürgermeister allerdings glaubt, dass er damit mit „Mythen und Geschwätz und der „Schuldenmär“ der Opposition aufgeräumt habe, dann irrt er. Vielmehr wurde in der Pressekonferenz von ihm selbst das Minus von 40 Millionen Euro für das Jahr 2013 bestätigt, das die Freien Wähler bereits damals errechnet hatten und die CDU stets verneinte und als „Geschwätz“ abtat. Es wäre schön, wenn das Minus inzwischen tatsächlich nach unten gegangen sein sollte.“

Zur Wahrheit der Schuldenreduzierung gehört nach Meinung der Freien Wähler jedoch nicht nur die nackten Zahlen, sondern auch der Weg, der zu dem verminderten Schuldenstand geführt hat. Zur Wahrheit gehöre deshalb, dass die Stadt Langenselbold sich finanziell bewegen konnte, weil ihr das Land Hessen mit einem Konsolidierungsbeitrag von 6,8 Millionen Euro im Rahmen des „Kommunalen Schutzschirms“ zu Hilfe gekommen sei. Zudem sei die Lage auf dem Zinsmarkt noch nie so günstig gewesen. Zur Wahrheit gehöre weiterhin, dass das Regierungspräsidium in Darmstadt die Stadtverordnetenversammlung in den vergangenen Jahren an die Hand genommen, den finanziellen Spielraum der Stadt beschnitten und die CDU/GAL-Mehrheit zum Sparkurs gezwungen habe. Christiane Kapp: „Kein Mensch weiß, was in Langenselbold ohne das harte Reglement des Regierungspräsidiums passiert wäre.“ Und zur Wahrheit gehöre vor allen Dingen, dass die Gewerbetreibenden und die Bürgerinnen und Bürger zur Behebung der Finanzmisere mit einer Orgie von Steuer und Gebührenerhöhungen zur Kasse gebeten wurden. „Verantwortlich hierfür“ so Kapp „war die Mehrheit von CDU und GAL um Bürgermeister Muth.“

Praktisch gebe es kaum eine Steuer oder Gebühr, die in Langenselbold in den vergangenen Jahren nicht steil nach oben gegangen sei. „Die Erhöhungen“ erklärt der finanzpolitische Sprecher der Freien Wähler und Kreistagsabgeordnete Jürgen Heim „haben so gut wie alle Bereiche des Lebens der Bürgerinnen und Bürger betroffen. Von der Gewerbesteuer über die Grundsteuern A und B, der Hundesteuer bis hin zu den Abwassergebühren, den Gebühren für die Kindertagesstätten und den Eintrittspreisen für das Schwimmbad. Die Verbesserung der Langenselbolder Finanzsituation, die Muth jetzt so hervorhebt, wurde von uns allen teuer bezahlt. Wenn das die gesunden finanziellen Füße sind, auf denen Bürgermeister Muth meint, dass Langenselbold stehe, dann wehe dem Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger.“

Die Freien Wähler setzen deshalb an, dass mit den bisherigen Steuer- und Gebührenerhöhungen keineswegs das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Das voraussichtliche Defizit der Stadt im Ergebnishaushalt des Jahres 2016 von 2,6 Millionen Euro sei zwar maßgeblich dem kommunalen Finanzausgleich geschuldet, werde aber unmittelbar nach der Kommunalwahl die Diskussion in der Gründastadt wieder bestimmen. „Das Defizit wird bis zur Wahl am 6.März in den Hintergrund gedrängt. Erhöhungen der Grundsteuern

A und B werden vom Regierungspräsidium angemahnt und die Haushaltsdiskussion zum Haushalt 2016 in der Stadtverordnetenversammlung hat gezeigt, dass sie auch in Langenselbold nicht tabu sein werden, wenn die Mehrheitsverhältnisse so bleiben, wie sie jetzt sind“ so Kapp und Heim abschließend.